

Rede zur Vonovia-Demo in Mettenhof am 29.04.19

Dass die Situation auf dem Wohnungsmarkt verbessert werden muss, ist wohl inzwischen allen Menschen klar.

Die Frage ist, wie solche Verbesserungen zustande kommen.

Wer könnte etwas ändern?

Die **Stadt Kiel** könnte einen Schwerpunkt ihrer Politik auf das Problem des bezahlbaren Wohnraums legen.

Sie könnte die Gründung der kommunalen Wohnungsgesellschaft beschleunigt angehen.

Sie könnte die Wohnungsgesellschaft so planen, dass diese ein echtes Gewicht auf dem Kieler Wohnungsmarkt darstellt. Dazu müsste viel mehr Geld investiert werden als die Stadt bisher plant.

Sie könnte ein kommunales Wohnungsbauprogramm auflegen. Geld dafür wäre vorhanden, es ist auch kein verschwendetes Geld, den Ausgaben steht ein realer Wertzuwachs gegenüber.

Sie könnte qualifiziertes Personal einstellen, das solche Planungen in die Hand nimmt und in die Realität umsetzt.

Sie könnte von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen, um einen Bestand an kommunalem Wohnraum auf- und auszubauen. Ebenso könnte sie zum Verkauf stehende Mietshäuser kaufen und in die kommunale Wohnungsgesellschaft überführen.

Sie könnte Milieuschutzsatzungen erlassen, um Luxusmodernisierungen und Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen genehmigungspflichtig zu machen.

Sie könnte davon Abstand nehmen, städtischen Grund zu verkaufen, stattdessen Boden nur als Erbbaurecht an kommunale oder wenigstens gemeinnützige Genossenschaften überlassen.

Sie könnte entsprechende Bebauungspläne erlassen, die zum Inhalt haben, dass auch private Investoren einen hohen Anteil sozial geförderten Wohnraums (30, 40 oder 50 %) bei neuen Bauvorhaben erstellen müssen.

Sie könnte Belegungsbindungen für Sozialwohnungen verlängern und/oder aufkaufen.

Sie könnte Zweckentfremdungen (Ferienwohnungsvermietung und Leerstand) verbieten oder sanktionieren.

Das **Land** könnte mehr Geld und Energie in die Förderung sozialen Wohnungsbaus stecken.

Viele gesetzliche Regelungen auf dem Bau- und Wohnungsmarkt darf nur der **Bund** erlassen.

Die Mietpreisbremse könnte effektiver gestaltet werden, sodass sie Auswirkungen zugunsten der MieterInnen hat.

Es könnte ein Mietendeckel eingeführt werden, d.h. dass Mieten über einen bestimmten Zeitraum überhaupt nicht erhöht werden dürfen.

Es könnte ein generelles Verbot erlassen werden, Modernisierungskosten auf die Mieter abzuwälzen.

Man könnte regeln, dass die anfallende Grundsteuer generell nicht mehr auf die MieterInnen umgelegt werden darf.

Der Mietspiegel sollte nicht nur die Mieten der in den letzten 4 Jahren abgeschlossenen Mietverträge umfassen, sondern aller bestehenden Mietverträge.

Diese Forderungen werden - wenn überhaupt - nicht so schnell erfüllt werden.

Bisher zeigt die Stadt auch wenig Ehrgeiz, in dieser Richtung wirksam aktiv zu werden, stattdessen werden überflüssige Maßnahmen gepusht wie Hotelbau, teurer Wohnraum, Ansiedelung von Gewerbe, oberflächliche Aufhübschung und wortreiche Versammlungen ohne positiven Effekt für MieterInnen.

Gegen das Geschäftsgebahren der Vonovia muss schnell gehandelt werden. Hier hilft nur, sich zusammen zu schließen und sich gemeinsam zu wehren gegen Mieterhöhungen, falsche und überhöhte Nebenkostenabrechnungen, schlechten Service und Verwahrlosung der Wohnungen.

Gut ist, Mieterbeiräte zu gründen, an denen Vonovia nicht vorbeikommt.

Es gibt Beispiele aus der jüngsten Zeit, dass gemeinsamer Widerstand sich lohnt. In Flintbek und in Gaarden haben sich die MieterInnen zusammengeschlossen.

Auch in Kiel in der Projensdorfer Str. 70 haben sich die BewohnerInnen zusammengetan. Sie konnten so erreichen, dass die angedrohten Modernisierungen jedenfalls in den nächsten Jahren nicht durchgeführt werden.

In Bremen wehren sich ebenfalls Vonovia-MieterInnen gegen Mieterhöhungen, dort wurden auch schon Gerichtsurteile gegen die Vonovia erreicht.

In vielen anderen Städten wie z.B. München, Potsdam, Hamburg, Dresden, Köln, Magdeburg, Witten, Essen, Stuttgart, Münster, Lübeck, Frankfurt, Konstanz schließen sich Menschen zusammen und gehen gegen die Geschäftspolitik der VONOVIA vor, sei es auf der Straße oder vor Gericht.

Auch hier in Mettenhof soll sich eine MieterInnen-Gruppe bilden.

Das nächste Treffen, auf dem darüber gesprochen werden soll, findet am

14. Mai 2019 um 19 Uhr

im Bürgerhaus in der Vaasastraße statt.

Kommt zahlreich!